

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1898

8.4.1898 (No. 97)

Karlsruher Zeitung.

Freitag, 8. April.

Nr. 97.

Expedition: Karl-Friedrich-Straße Nr. 14 (Telephonanschluß Nr. 154), woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.
Borausbezahlung: vierteljährlich 3 M. 50 Pf.; durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung, Briefträgergebühr eingerechnet, 3 M. 65 Pf.
Eindrucksgebühr: die gespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pf. Briefe und Gelder frei.
Der Abdruck unserer Originalartikel und Berichte ist nur mit Quellenangabe — „Karlsruh. Ztg.“ — gestattet.

1898.

Des heiligen Charfreitags wegen erscheint unser nächstes Blatt am Samstag Abend.

Amtlicher Theil.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben sich unterm 14. März d. J. gnädigst bewogen gefunden, dem Bureaudienier Georg Sartorius bei dem Stationsamte in Bretten die silberne Verdienstmedaille zu verleihen.

Mit Entschließung Großh. Generaldirektion der Staatseisenbahnen vom 29. März d. J. wurden Stationsverwalter Ludwig Grimm in Wolfach unter Ernennung zum Güterexpeditor zur Großh. Güterverwaltung Karlsruhe, Stationsverwalter Hermann Nagel in Krauchenwies nach Wolfach und Stationsverwalter Franz Holzmann in Rippenheim nach Singheim versetzt.

Nicht-Amtlicher Theil.

Politische Ueberraschungen.

In der württembergischen Abgeordneten-Kammer ist das Gesetz über die Verfassungsrevision mit der nöthigen Zweidrittelmehrheit angenommen und der Proporz gutgeheißen worden; daß aber damit die sog. Reform unter Dach und Fach gebracht wäre, kann flüchtig nicht behauptet werden. Zu den schwerwiegenden ungelösten Meinungsverschiedenheiten, die sich bei einzelnen, die Erste Kammer betreffenden Punkten zwischen der Regierung und der Kammermehrheit ergeben und den Ministerpräsidenten v. Mittnacht veranlaßt haben, von seinem Abstimmungsrecht als Abgeordneter bei der Schlußabstimmung über das Verfassungsgesetz keinen Gebrauch zu machen, hat das Centrum eine neue Streitfrage hinzugefügt, die, falls es ernstlich auf ihrer Lösung beharren sollte, das ganze Reformwerk zum Scheitern bringen müßte. Das Centrum will offenbar mit seinem Ordens- und Schulantrag die großen Streitfragen aufröhlen, welche das Verhältnis zwischen Staat und Kirche auf tiefste berühren, und da in Wahrheit der konfessionelle Friede in Württemberg, trotz aller Centrumsbestrebungen, ungetrübt ist, weil das Volk den extremen Forderungen der Centrumsführer sich abgeneigt zeigt, soll auf dem Wege zur Verfassungsdurchsicht erreicht werden, was bis jetzt Volksversammlungsrednern nicht gelungen ist. Was unbefangenen Beurtheiler der Sachlage seit langer Zeit nicht zweifelhaft war, wird nunmehr in einem Antrag offenbar, an dem nichts weiter hervorragend ist, als die Unversöhnlichkeit, mit der die Gemüther in Erregung versetzt werden sollen.

Die Beratungen über die Verfassungsrevision hatten schon des Befremdlichen genug geboten. Man sah, wie hervorragende Vertreter verschiedener Parteirichtungen bei jeder sich bietenden Gelegenheit praktisch das Gegentheil von dem thaten, was die Wortführer derselben Parteien in der Abgeordneten-Kammer in der Theorie vertraten, anstreben und schließlich erreichten. Man sah mit wachsendem Erstaunen, wie Grundsätze, die seit langen Jahren die Grundlage von Parteiprogrammen bildeten, plötzlich über Bord geworfen wurden, man sah endlich, wie die Regierung dem Drängen der Kammermehrheit schrittweise nachgab, um vom Verfassungswerke zu retten, was zu retten war, und doch schließlich in einer grundsätzlich entscheidenden Frage unterlag. Müßte schon gerade dieser Frage wegen das Zustandekommen der Reform bezweifelt werden — obgleich in Württemberg, wie anderwärts, die Kammermehrheit nicht übel Luft zeigte, über die anderen verfassungsmäßig berechtigten Faktoren zur Tagesordnung überzugehen — so kann man, falls es dem Centrum mit seinem Antrage ernst und nicht nur um Wahlagitatorien zu thun ist, der Revision schon jetzt den unläßlichen Nachruf schreiben. Denn es ist völlig ausgeschlossen, daß Regierung, Kammer und Volk in Württemberg den exzessiven Forderungen der Centrumsfraktion stattgeben. Das Eine glaubt die „Süddeutsche Reichs-Korrespondenz“ mit Sicherheit vorherfragen zu können: das politische Leben in Württemberg steht am Vorabend von Ereignissen, die tief eingreifen werden in die Verhältnisse von Staat, Gemeinde und Familie; die Geister werden entfesselt und der konfessionelle Friede geführt, denn der neueste Vorstoß des

Centrums wird, auch wenn der äußere politische Erfolg fehlt, im Volke unvergessen bleiben. Die bürgerliche Eintracht, — nach einem Worte Großherzogs Friedrich von Baden — „das kostbarste Gut“ ist durch das Vorgehen des württembergischen Centrums ernstlich gefährdet.

Von unserem ständigen Stuttgarter Mitarbeiter geht uns zu derselben Angelegenheit folgende Mittheilung zu:

Stuttgart, 6. April.

Die Schlußabstimmung der Abgeordneten-Kammer über die Verfassungsrevision hat eine große Ueberraschung und eine neue schwere Komplikation gebracht. Man hatte zu guter Letzt beim Proportionalwahlgesetz den bedenklichsten Beschluß der Kommission, die zeitliche Zusammenlegung der Bezirkswahlen und der Kreiswahl, wieder beseitigt. (Ein anderer Beschluß zu diesem Gesetz, wonach das Recht des Wählers, innerhalb des einzelnen Wahlvorzugs einen einzigen der vorgeschlagenen besonders zu bevorzugen, als zu komplizierend gestrichen worden war, hat zwar in der Presse Tadel gefunden, ist aber praktisch von so geringer Erheblichkeit, daß die Regierung ihm keinen Widerspruch entgegensetzt hat.) Eben jener Beschluß, der die zeitliche Trennung der beiden Wahlen sicherte, hatte für die Deutsche Partei einen Stein des Anstoßes aus dem Wege geräumt und es ihr ermöglicht, ihren noch nicht behobenen Bedenken gegen die Proportionalwahl keine praktische Folge zu geben. So erhielt nun das Verfassungsgesetz die Stimmen sämtlicher gewählten Abgeordneten und damit eine Dreiviertel-Mehrheit. Lebhaftes Bravo begrüßte dieses Ergebnis; die es riefen, verhehlten sich nicht, daß das Reformwerk die gefährlichste Klippe, nämlich die Einigung mit der Ersten Kammer, noch nicht umschiff hat, aber daß die von dem Sprecher der Volkspartei gewünschte „Phalanx aller Gewählten“ hergestellt schien, das war doch ein glückverheißendes Zeichen. Aber sofort kam der hintere Vote hinterdrein. Das Centrum, das sich bisher als einer der eifrigsten Freunde der Reform gezeigt, das stets seine selbstlose Mitarbeit betont und gegenüber den von protestantischer Seite aufgetauchten konfessionellen Bedenken die gestänkte Unschuld hervorgekehrt hatte — das Centrum trennte sich sofort wieder von der eben hergestellten Mehrheit. Es machte seine endgültige Zustimmung nicht nur von der Wiederherstellung einiger abgelehnten Bestimmungen des Entwurfs betreffs der Ersten Kammer (Ernennung neuer erblicher Mitglieder und Stellvertretungsrecht der Standbesitzer) abhängig, sondern es präferierte auch eine Kompensationsforderung.

Diese Forderung besteht einmal darin, daß dem katholischen Bisthof die ausschließliche Leitung des katholischen Religionsunterrichts sowie die uneingeschränkte Einführung geistlicher Orden und Kongregationen verfassungsmäßig garantiert werden soll, sodann, was ein fast noch erlaunlicheres Verlangen ist, darin, daß die (zu Recht bestehende) geistliche Schulaufsicht zu einer Verfassungsbestimmung erhoben und damit tatsächlich für alle Zeiten unabänderlich festgelegt werden soll. Um die Erhebung solcher Forderungen gerade in diesem Augenblick wenigstens einigermaßen zu rechtfertigen, hat das Centrum den Versuch gemacht, einen Zusammenhang dieser Fragen mit der Verfassungsrevision zu konstruieren. Mit der jetzt bestehenden Zusammensetzung der Ersten Kammer — wird behauptet — sei den Katholiken durch hochherzige Entschlüsse der Gesetzgeber — in der Verfassungsurkunde ein Mehr von Rechtschutz gewährt worden, das nur durch die mit dem neuen Verfassungsgesetz eintretenden Änderungen gefährdet werde; deshalb müßten die Katholiken als Ersatz für diesen Rechtschutz einen andern fordern u. s. w. Selbstverständlich hat bei Erlaß der Verfassung von 1819 kein Mensch daran gedacht, durch die Zusammensetzung der Ersten Kammer den Katholiken einen besonderen Rechtschutz zu gewähren; auch nur an das Bedürfnis eines solchen Schutzes zu denken, wäre damals Niemandem eingefallen. Es fehlt somit jeder stichhaltige Zusammenhang zwischen dem Verfassungswerk und jenen Forderungen des Centrums, und so ist es nicht zu verwundern, daß der nächste Einbruch der ist, das Centrum setze hier ganz unverfroren ein politisches Handelsgeschäft oder richtiger gesagt eine Art politischen Erpressungsversuch in Scene. Der Sinn seiner Erklärung wäre dann: wir vereiteln so lange jede Verfassungsrevision, als unsern kirchenpolitischen Forderungen nicht entsprochen ist.

Dies ist zunächst die allgemeine Auffassung und von ihr aus äußert sich in der Deffentlichkeit die lebhafteste Entrüstung gegen dieses Vorgehen des Centrums. Da dasselbe auf einen Erfolg in keiner Weise rechnen kann, so nimmt man an, daß die Partei sich in ihren konfessionellen Berechnungen durch die Beschlüsse der Kammer getäuscht sieht und deshalb ihren Rückzug von der Mitarbeit damit bemerkenswert, daß sie unerfüllbare Forderungen stellt. Der Wortlaut der Erklärung nöthigt übrigens nicht unbedingt dazu, daß die oben näher beschriebene „genaue Festsetzung der bischöflichen Rechte“ vor oder gleichzeitig mit der Verabschiedung des Verfassungsgesetzes gefordert wird. In diesem Falle läte man die Aktion des

Centrums mehr so aufzufassen, daß es den feierlichen Anlaß der Verfassungsrevision benützen will, um seine bisher zurückgehaltenen konfessionellen Forderungen zu proklamieren, und daß es damit zugleich einen Druck ausüben will zu Gunsten derjenigen Bestimmungen, welche das Ueberwiegen der katholischen Stimmen in der Ersten Kammer noch nach Möglichkeit konserviren sollen.

Wie dem sei, es eröffnet sich nun eine interessante politische Campagne, die entweder nach dem Scheitern der Reform einen scharfen konfessionellen Kampf oder aber auch auf Grund neuer Gruppierungen und eines Zusammenschlusses der evangelischen Elemente, dem sich dann auch die Privilegirten nicht entziehen könnten, eine Durchführung der Verfassungsrevision trotz des Centrums mit sich bringen kann. Wahrscheinlich ist freilich die letztere Eventualität gerade nicht.

Der spanisch-amerikanische Konflikt.

(Telegramme.)

* London, 7. April. Wie aus Key West gemeldet wird, erhielt ein dortiger Schiffsagent die Nachricht, daß die „Mascotte“ gestern Nachmittag, mit dem amerikanischen Generalkonjull Lee und zahlreichen anderen Amerikanern an Bord, Havanna verlassen hat.

* Madrid, 7. April. Die diplomatischen Kreise betrachten die Lage als zufriedenstellend. Hier verlautet, die Botschaft Mc Kinley's werde den Wunsch aussprechen, den Frieden zu erhalten, vorausgesetzt, daß die Feindseligkeiten auf Cuba eingestellt und Schritte unternommen werden, die Ausständigen zur Annahme des Waffenstillstandes zu bringen. Der Ministerrath tritt Abends zusammen.

* Madrid, 7. April. Die „Agencia Fabra“ meldet: Die Hoffnung auf Frieden wird hier schärfer betont. Man sagt, es sei eine Formel für den Waffenstillstand gefunden. Wenn sich die Nachricht bestätigt, so werde die „Gazette de Madrid“ ein hierauf bezügliches Dekret veröffentlichen. Die Panzerschiffe „Bizcaya“ und „Almirante Oquendo“ sind in Portorico eingetroffen, wo sie weitere Befehle abwarten.

* New-York, 7. April. Präsident Mc Kinley verschob die Botschaft bis zum Montag. Als Grund wurde der Kriegspartei erklärt, bei dem gegenwärtigen Vorgehen würden die Amerikaner in Cuba in Lebensgefahr sein. Es heißt indessen, die Friedenspartei wolle Zeit gewinnen, da bessere Nachrichten aus Madrid eintrafen und eine friedliche Erledigung der Schwierigkeiten noch möglich erscheint. Darauf deutet auch der Beschluß der republikanischen Führer hin, nach Empfang der Botschaft sofort eine Parteiberathung abzuhalten, um mittelst der Parteidisziplin alle Republikaner zu zwingen, Mc Kinley's Führerschaft zu folgen. — Sehr viele Amerikaner verließen Havanna.

* Washington, 6. April. Die Vertreter Englands, Frankreichs, Deutschlands, Oesterreichs und Italiens stellten gestern den Entwurf einer gemeinsamen Note fest, worin ihre guten Dienste zur Verhütung eines Krieges angeboten werden.

Landwirthschaftlicher Interessenschutz.

△ Berlin, 7. April.

Das französische Kammervotum betreffs der Panama-Affaire, die von den Gegnern der parlamentarischen Republik beschlossene Verbreitung der Brandrede des Genossen Viviani durch Maueranschlag; endlich das Urtheil des Kassationshofes in Sachen Zola's haben mit ihrer sensationellen Aufbauschung den bedeutungsvollsten legislativischen Akt, den die französische Volksvertretung seit längerer Zeit vollzogen, nämlich die am 31. v. M. erfolgte Annahme des Gesetzes betreffend die landwirthschaftlichen Warrants, sowie des anderen Gesetzes, betreffend die Einrichtung der auf Gegenseitigkeit beruhenden Regionalkassen behufs Gewährung landwirthschaftlichen Kredits, sehr verbittert in den Hintergrund gedrängt. Natürlich nicht bei den französischen Landwirthen selbst. Diese wissen vielmehr dem Ministerpräsidenten Méline und der Kammermehrheit, welche durch Annahme jener Gesetzentwürfe ihr Verständniß und ihre Hilfsbereitschaft für die Noth der ackerbautreibenden Bevölkerung dargehan hat, aufrichtigen Dank und werden, soviel an ihnen ist, dazu beitragen, daß in den kommenden parlamentarischen Neuwahlen der von den Gegnern des Bestehenden geplante allgemeine Ansturm auf die Republik und die Gesellschaft nachdrücklich zurückgewiesen werde.

Die Bedeutung des erstgenannten Gesetzes beruht darin, daß es sich der bedrängten Landwirthschaft unter dem

bisher völlig vernachlässigten Gesichtspunkte der Be-
lehnungsfähigkeit der Ernte ohne gleichzeitigen Besitzüber-
gang des belehnten Objekts annimmt. Durch dieses
Gesetz wird die für zahlreiche Landwirthe einer wirth-
schaftlichen Existenzvernichtung gleichkommende Zwangslage
beseitigt, welche sie in Geldverlegenheit nöthigte, ihre
Ernte zu Schleuderpreisen loszuschlagen, nur um einem
momentanen pekuniären Mangel abzuhelfen. Es be-
dürfte zur Durchsetzung dieser Neuerung der Ueberwin-
dung eines langwierigen scharfen Widerstandes sowohl der
Fachjuristen als zahlreicher anderer Elemente, welche die-
selbe als eine Chimäre behandelten und ihren praktischen
Werth als gleich Null hinzustellen sich bestrebten. Die
gleichzeitige Verabschiedung des an zweiter Stelle erwähnten
Gesetzentwurfes bildet die Ergänzung des ersten. Art. 1
dieselben stellt der Regierung in der Form eines zins-
freien Vorschusses an die landwirtschaftlichen Regional-
kreditkassen den Betrag von 40 Millionen Francs zur
Verfügung. Wie das erstere Gesetz die landwirtschaftliche
Belehnung konstituiert, so das zweite den landwirth-
schaftlichen Kredit, ohne den jene erste Errungenschaft
wesentlich nur auf dem Papier stehen würde. Es ist
charakteristisch für die Beeinflussung der öffentlichen Mei-
nung in Frankreich, daß die hinter den Coulissen thätigen
Requisiteurs über diesen gesetzgeberischen Akt der
Kammer kein Wort verlieren, während man die ein-
gangs erwähnten Neuigkeiten in möglichst pikanter Zu-
bereitung servierte.

Zu den Vorgängen in Ostasien.

Von einem deutschen Diplomaten, der vier Jahre in
Ostasien zugebracht hat und die dortigen Verhältnisse aus
eigener Anschauung kennt, erhält die „Neue Freie Presse“
eine Darstellung der neuesten Vorgänge im äußersten
Osten, der wir folgendes Wesentliche entnehmen.
„Die täglich aus Ostasien eintreffenden Nachrichten über immer
neue, von einer oder der andern Macht an die chinesische
Regierung gerichtete Forderungen klingen bei den in der Lage der
dortigen Verhältnisse weniger Eingeweihten in der That den
Glauben erwecken, als handle es sich um den Beginn der durch-
gehend ein besonderes Ereigniß, vielleicht das deutsche Vorgehen
in Schantung, hervorerufenen Aufstehung Chinas. Und doch
ist, was sich heute in China ereignet, nur dienothwendige,
von allen Wissenden vorhergesehene Folge
früherer Ereignisse und Maßnahmen. So ist,
um mit dem Süden anzufangen, die Expansionspolitik, welche
Frankreich in Hinterindien verfolgt hat, hauptsächlich durch die
bisherigen finanziellen und kommerziellen Mißerfolge seiner
dortigen kolonialen Unternehmungen veranlaßt worden. Nachdem
das 1858 eroberte Cochinchina sehr bedeutende Summen ver-
schlungen hatte, glaubte man das Mittel gegen die ewige Geld-
noth in der weiteren Ausdehnung der französischen Einflusssphäre
gefunden zu haben. Das französische Protektorat wurde über
Tonking und Annam verhängt, China durch die Feindseligkeiten
in den Jahren 1883 und 1884 zum Aufgeben seiner Hoheits-
rechte gezwungen und eine Anzahl meistens wieder verkrachteter
Unternehmungen in Tonking ins Leben gerufen. Als auch dies
nichts half, sah man das heillosere Mittel in der That, aus-
schließliche durch die heillosere Wirtschaft im Mutterlande wie im
Protektorat hervorgerufenen Uebelstände in einer Ausdehnung
der französischen Macht bis an das linke Ufer des Mekong.
Siam wurde gezwungen, das Gebiet, welches es auf dem linken
Ufer des Flusses besaß oder besetzt hatte, an das durch Frank-
reich vertretene Annam abzugeben. China mußte ebenfalls den
auf dem linken Ufer des Mekong gelegenen Theil des Shan-
Staates Kang-tung abtreten. Aber auch hier zeigte sich wieder,
daß territoriale Ausdehnung nicht notwendigerweise kommerzielle
und industrielle Erfolge nach sich ziehen muß. Der Gedanke,
die Provinz Yunnan vom Mekong aus anzugreifen, erwies sich
als unausführbar, und so wurde durch die französische Gesand-
tschaft in Peking der neue Plan inaugurirt, von Tonking aus
nach Kwang-si und Yunnan und über letztere Provinz nach Set-
schuan am oberen Yang-tse vorzudringen. Ebenso soll, um die
maritime Machtstellung Frankreichs in Süd-China zu verstärken,
der Hafen von Kentschau an der Ostseite der Halbinsel
Kentschau an dasselbe abgetreten werden. Beides sind keine
neuen Ideen. Bereits im Jahre 1886, während der zwischen
dem früheren Minister des Innern, damaligen, französischen Ge-
sandten in China, Constant, und dem Tzung-tsi-Namen geführten
Verhandlungen über die Abgrenzung Tonkings und andere
Fragen war die Halbinsel Kentschau zeitweilig von den Fran-
zosen besetzt gewesen, und schon früher, in den Jahren 1883 und
1884, sprach man von der Erwerbung Yunnan. Auch die neuen

Konzeptionen, die Frankreich verlangt und eventuell erlangen
wird, werden seine ökonomische Stellung in Hinterindien nicht
verbessern, so lange mit den Mißbräuchen der Kolonialverwaltung
in Frankreich selbst, wie an Ort und Stelle nicht gründ-
lich aufgeräumt wird.

Das England anbetrifft, so hat sich seine politische Thätig-
keit seit dem Zusammenbrüche der Hoffnungen, die es auf China
als seinen gebotenen Bundesgenossen in Ostasien gesetzt hatte,
das heißt, seit den ersten größeren Erfolgen der Japaner im
Jahre 1894, darauf beschränkt, sich auf den von ihm erwarteten
und man darf wohl sagen gewünschten Zerfall des chinesischen
Reiches vorzubereiten. Nachrichten wie die über die Loslösung
der Generalgouverneure von Kanking und Wuchang von der
Kaiserlichen Regierung, welche kürzlich von den englischen Tele-
graphengesellschaften nach Europa gesendet wurden, oder die
folgende, vom 11. März aus Hongkong datirte: „Von den
Mandchus, der regierenden Dynastie, ist nichts zu hoffen; der
Kaiserliche Hof wird vielleicht die Verlegung der Residenz nach
der Provinz Schan-si beschließen. Die möglichen Folgen derselben
können eine neue chinesische Dynastie in Mittel-China sein mit
der Hauptstadt in Nanjing. Falls der britische Schutz derselben
verlangt werden sollte, so sind Andere bereit, den Thron zu er-
stehen“ — sind ballons d'essai, dazu bestimmt, die öffentliche
Meinung in England auf das vom „Foreign Office“ bereits es-
kompitrierte Ereigniß vorzubereiten. Festzuhalten aber ist jedenfalls,
daß England die einzige Macht ist, die ein Interesse an dem
Zerfall des chinesischen Reiches hat, und die, wenn nicht offiziell,
so doch offiziös auf denselben hinarbeitet.

Rußland hat nie ein Hehl daraus gemacht, daß es einen
eiskalten Haß am chinesischen Meere brauche und suche, und
selbst von englischer Seite ist die Berechtigung eines solchen
Bedürfnisses und Wunsches oft zugegeben worden. Der von
Japan unter den nichtsozialistischen Gründen vom Jaune ge-
brochene Krieg mit China hat Rußland gezwungen, der Frage
eher näher zu treten, als es dies wohl selbst beabsichtigt hatte,
und die Ungeschicklichkeit der chinesischen Regierung, die sich
breitfächerig lieg, die russische Garantie für die erste vierprozentige
Anleihe von 160 Millionen Francs anzunehmen, hat es
Rußland leicht gemacht, die Rolle des selbstlosen Freundes zu
spielen, der China gratis vor Japan gerettet hatte. Rußland
hat die in diesem Augenblick besonders günstige Konjunktur be-
nutzt, um von China das damals von demselben abgelehnte
Zugeständniß jetzt zu erlangen. Port Arthur und Talien Wan,
das erstere als Kriegshafen, das letztere als ein dem Handel
geöffneter Hafen, sind Rußland auf 25 Jahre verpachtet worden.
Daß Rußland als seine Interessensphäre Nord-China bis zum
Hoangho betrachtet, ist ein offenes Geheimniß; das Gebiet, das
die Mongolei, die Mandchurie, Turkestan, Xi und vom eigent-
lichen China Tschili, Shan-si und Kanju umfaßt, ist aber ein so
ungeheures, daß selbst ein russischer Magen längere Zeit be-
dürfen würde, um dasselbe zu verdauen. Die russische Regie-
rung hat daher alles Interesse daran, einerseits möglichst lang-
sam vorzugehen und andererseits die herrschende Dynastie zu
stürzen.

Das Deutschland anbetrifft, so ist über das Vorgehen
dieselben in China und seine etwaigen weiteren Wünsche und
Absichten in Ostasien nicht viel zu sagen. Die von dem Staats-
sekretär v. Bülows im Reichstage abgegebenen Erklärungen be-
deuten um so mehr volles Vertrauen, als Deutschland in der
That das allergrößte Interesse nicht nur an der Erhaltung der
gegenwärtigen chinesischen Regierung, sondern auch an der mög-
lichsten Kräftigung und Stärkung derselben besitzt, da nur eine
starke Regierung die Ruhe dauernd aufrecht erhalten kann, deren
Deutschland für seine kommerzielle und industrielle Entwicklung
in Ostasien bedarf.

Die wichtigste und bedeutungsvollste Rolle in den Geschehnissen
Ostasiens wird in der nächsten Zeit Japan zufallen. Japan ist
aus Korea verdrängt worden, Rußland ist dort trotz seines
augenblicklichen Rückzuges ein weit gefährlicherer Gegner, als
China es jemals gewesen, und hat sich außerdem in Liaotung
festgesetzt, das Japan im Jahre 1895 hauptsächlich auf Ruß-
lands, von Deutschland und Frankreich unterstützten Verlangen
räumen mußte; außerdem hat Deutschland Kiautschau gepachtet,
England sich im Yang-tse-Dale und Frankreich sich in Süd-China
festgesetzt, während das Einzige, was Japan aus dem Kriege
1894/95 heimgebracht, Formosa, ein Danaergeschenk schimmert
Art gewesen zu sein scheint. Außerdem hat sich die Staatsschuld
Japans seit dem Kriege um die Hälfte vermehrt und die Steuern
um das Doppelte, und die letzteren werden bis 1904, zu welchem
Zeitpunkte die Reorganisation des Heeres und der Flotte vollendet
sein soll, auf das Dreifache gestiegen sein, so daß die finanziellen
Ergebnisse des Krieges für Japan kaum als besonders glänzende
bezeichnet werden können.

Heer und Marine.

Die Kabinettsordre, durch die Seine Majestät der Kaiser
den Grafen Waldersee zum Generalinspekteur als Nach-
folger des Grafen Blumenthal ernannte, lautet:

Ich ernenne Sie hierdurch unter Entbindung von der Stellung
als kommandirender General des IX. Armeekorps und unter
Belassung in dem Verhältniß als mein General-Adjutant, sowie

als Chef des Schleswigschen Feldartillerie-Regiments Nr. 9 und
à la suite meines Ulanen-Regiments (1. Hannoverischen) Nr. 13,
zum Generalinspekteur der III. Armee-Inspektion mit dem Stand-
ort in Hannover, und gereicht es mir zur besonderen Freude,
Ihnen dieses hiermit bekannt zu geben. Sie wollen darin erneut
einen Beweis meines Vertrauens und ein Zeichen meiner An-
erkennung der hervorragenden Dienste erblicken, welche Sie in
den verschiedensten Stellungen meiner Armee, insonderheit dem
XI. Armeekorps geleistet haben, an dessen Spitze Sie über sieben
Jahre mit Auszeichnung gestanden. Ich übertrage Ihnen die
wichtige Stellung eines Generalinspektors in der Gostmann, daß
Ihr umfassendes Können und Wissen, Ihre im Krieg und Frieden
gesammelten Erfahrungen noch lange meiner Armee zu gute
kommen mögen.
Homburg o. d. Höhe, den 1. April 1898. gez. Wilhelm.

Großherzogthum Baden.

Karlsruhe, 7. April.

Heim für Geschäftsgehilfen.

* Das unerträgliche Bestreben Ihrer königlichen Hoheit der
Großherzogin, all' ihren Unterthanen, welchem Stand, Berufs-
art oder Lebensalter sie auch immer angehören mögen, warmherzige
und hilfreiche Fürsorge angedeihen zu lassen, hatte vor längerer Zeit
(Frühjahr 1896) den Gedanken entfallen lassen, in Verbindung
mit der Volkswanderbibliothek des Badischen Frauenvereins einen
Vespaal für Frauen und Mädchen in hiesiger Stadt zu eröffnen,
hiesigen Benützung und Vortriebe zunächst den mittleren und
oberen Ständen zugewendet werden sollte. Bei wiederholter Er-
örterung der in anderen Städten bestehenden Einrichtungen und
gemachten Erfahrungen konnte es nicht ausbleiben, daß das
Allerhöchste gnädige Interesse sich ebenso demjenigen Theil der
weiblichen Bevölkerung zuwandte, der nicht nur pekuniär sich in
schwieriger Lage befindet, sondern auch des Schutzes und Haltes
ermangelt, den ein in sich geschlossener Stand dem Einzelnen
verleiht. Es ist dies in erster Reihe der Kreis der in Geschäften
als Gehilfen aller Art thätigen Mädchen, für diese eine Stätte
zu schaffen, wo sie gedehner Arbeit Ruhe und Behagen,
sicheren Schutz und freundliche Anregung, die Möglichkeit einer
leichten oder ernsteren Beschäftigung und daneben ein billiges
Abendbrot in hellen und warmen Räumen finden: das ist
der Wunsch, der aus jenen Ueberlegungen entsprang und den zu
verwirklichen das „Heim für Geschäftsgehilfen“ bestimmt ist.
Eine vor Zuangriffnahme des Planes in einem kleinen Kreise
veranstaltete Umfrage unter Interessentinnen hat zahlreichen
Abendbesuch verschaffen, und der allgemeinen Zustimmung, die
mal auch der Geschäftswelt, durfte sich der auch gleich zu An-
fang auftauchende Plan, im Heim Pensionärinnen aufzunehmen,
erfreuen. Der Zweck ist, den aus dem Elternhause Geschiedenen
bei freundlichem Behagen sicheren Schutz zu geben und durch
möglichst billige Preise das Selbstverbreiten den Erwerbenden
thunlichst zu erhalten. Die Zahl der hier in Geschäften thätigen
Gehilfen belief sich, nach dem in den „Blättern des Bad. Frauen-
vereins“ veröffentlichten Bericht, im Januar 1897 auf 506; davon
sind 79 selbständig, d. h. ohne Anstich an Eltern, Ver-
wandte oder die Prinzipalität; und auch unter diesen mag
manch' Eine den Genuß eines wirklichen Heims entbehren.
In einer Reihe von Sitzungen des inzwischen gebildeten Komitees
unter Anteilnahme des Generalsekretärs, sowie der Präsidentin
und des Geschäftsleiters der Abteilung wurde nun das ent-
geltlich beschlossene Unternehmen zunächst formell vom Frauen-
verein als Unterabteilung der Abteilung IV übernommen
(16. April 1897) und durch eine halbvolle Spende Ihrer königlichen
Hoheit der Großherzogin von 200 M. der Kern gebildet zu einer
mittels Ankaufs veranstalteten Sammlung von freiwilligen Bei-
trägen. Unermüdlich hat Ihre königliche Hoheit die Groß-
herzogin all' diese Beratungen theils durch Allerhöchste persön-
liche Gegenwart, theils durch sich immer wiederholende un-
mittelbare Nachfragen nach dem Stand der Arbeiten und halbvolle
Anteilnahme gefördert und später, am 2. November 1897, die
Grunde gebaut, das in Betrieb befindliche Heim in eingehendster
Weise zu besichtigen und Allerhöchste Ihre vollen Befriedigung
darüber Ausdruck zu geben. In längerer Besprechung hat Ihre
königliche Hoheit vielerlei werthvolle Rathschläge und Anregung
für die innere Führung des Heims gegeben und bei den Komitee-
damen wie der Hausmutter Freundschaft und Zuvorkommenheit
gezeigt. Das Heim für Geschäftsgehilfen ist in der Sophienstraße
Nr. 30 belegen und umfaßt neben dem Zimmer der Hausmutter
und den Haushaltungsräumen (Küche, Vorrathskammer etc.) drei
Wohnräume und sechs Schlafzimmer mit acht Betten. Ein langes
Speisezimmer gibt Raum für einen Tisch für 20 und mehr Per-
sonen; die beiden beschriebenen Zimmer dienen eines als stiller
Schreib- und Lesezimmer, das andere als Arbeits- und Spiel-
zimmer; hier hat auch ein einkaufenes nur gemietetes Pianino
Aufstellung gefunden. Am 3. Oktober 1897 fand die Eröffnung
des Heims mit einer Feier statt. Eine große Anzahl von Frei-
willigerinnen (45) besaßen noch einmal die Ueberezeugung, mit
der Errichtung der Anstalt einem Bedürfniß entgegenzukommen,
und der ganze Verlauf der Feier mit allerlei Ansprachen und
Vorträgen auch von Seiten der Mädchen, mit Gesang und viel

Feniketon.

Deutsche Volkskunde.

von Karl Widmer.

(Schluß.)

Die reichsten und tiefsten Spuren hat aber die »niedere
Mythologie« hinterlassen: die Elfen- und Nixen-, Riesen-
und Zwergsagen, und vor allem der alte Seelenglauben und
das damit verwandte Hezen- und Gespensterwesen. Wie alle
Naturvölker glaubten auch die alten Germanen an ein Fort-
leben der Seele nach dem Tode. Die Seele verläßt den Leib
des Sterbenden durch den Mund und kehrt in die Natur
zurück; sie vereinigt sich im Wind mit dem Seelenheer.
Aber nicht immer findet sie die Ruhe im Todtenreich, dann
irrt sie auf der Erde umher und sucht wieder in die Stätten
der Lebenden einzubringen: der Todte geht um als Gespenst.
Meist sind es die Seelen solcher, die unbefriedigt aus dem
Leben geschieden sind, auf Erden etwas verloren haben.
Ermordete und Ertränkte spuken an der Stelle, wo die That
geschah. Ledig gebliebene Mädchen fliegen als Kiebitze über
das Moor, Geizhälse suchen Schätze, die sie vergraben haben,
Mörder und Betrüger haben keine Ruhe im Grabe, wenn das
Verbrechen nicht gefühnt ist; während seine Leiche aus dem
Haus getragen wird, schaut der Todte stieren Blicks dem
Leichenzug aus dem Giebel Fenster seines Hauses nach. Ver-
rufene Orte sind namentlich die Kreuzwege. Weil die Um-
gehenden dem Lebenden gefährlich sind, beobachtet man ängstlich
eine Reihe von Bräuchen und Vorschriften, die ihre Macht
bannen. Man erinnert sich aus der Fias, daß die Seele
des Patroklus keinen Einlaß in die Unterwelt und keine Ruhe

finden konnte, bevor der Leib bestattet war. Bei uns schließt
man dem Toten die Augen, damit sein Blick seinen Lebenden
nach sich ziehe. Das Fenster muß geöffnet werden, damit
die Seele hinausfliegen kann. Man trägt den Leichnam
nicht durch die Thüre, sondern bricht ein Loch durch die
Wand, das nachher wieder zugemauert wird, oder trägt die
Leiche mit den Füßen voran aus dem Hause, dann findet sie
den Rückweg nicht. Die Seele des Abgeschiedenen findet es an,
wenn Eins im Hause ihr nachfolgen muß: ein unerklärlicher Schall
fährt durch's Haus, die Uhr bleibt plötzlich stein, eine Thür
fährt auf, es klopft, und Niemand steht draußen: der Todte
zeigt sich. Auch in Thiergestalt kann die Seele den Leib ver-
lassen: als Vogel, Maus oder Schlange und nicht nur im
Tode, auch im Schlafe. Vielleicht gelten darum manche Thiere
als prophetisch: Die glückverheißende Schwalbe, der gegen
das erleuchtete Fenster des Krankenzimmers fliegende Todten-
vogel (das Käuzchen), der Hund, der Nachts gegen das Haus
heult u. s. w. Endlich kann die Seele auch freiwillig in
irgend einer fremden Gestalt den Körper auf längere oder
längere Zeit verlassen und umgehen: das ist der Ursprung
des Aberglaubens und des aus derselben Wurzel entspringen-
den Hezenwahn. Unausgesagt sind die bösen Geister geschäf-
tig, dem Leben von Mensch und Thier in Haus und Hof,
Stall und Weide nachzustellen. In Zeiten großer Verände-
rungen, an den Wendepunkten des Lebens sind sie besonders
thätig. Geburt und Taufe, Verlobung und Hochzeit, Einzug
in's neue Haus, Kauf und Verkauf und die Todesstunde
sind Zeiten, wo man mehr als je auf der Hut sein muß.
Und den bösen Geistern gleich thun es die ädelberufenen, zauber-
kundigen Weiber: die Hezen. Kirche und Heidenthum gehen
hier einträchtig Hand in Hand und liefern ein ganzes Arsenal
von Schutzmitteln. Vor der Taufe hängt man dem jungen

Heiden einen Rosenkranz um den Hals, damit die weiße Frau
nicht einen Wechselfuß an seine Stelle lege, an der Woge
und an der Tischplatte bringt man den Trudenfuß (das
Pentagramm) an, legt neun Besenruten oder neun perrollete
Eisen in die Wiege, damit der Alpgeist (die Trud, das
Schrättele) dem Kind die Brustwärzchen nicht auslaugen.
Geweihte Wachslichter, Weihwasser, Marien- und Gnaden-
pfeilige gelten als Amulette (= Amulette). Auch die Zeit-
großer Veränderungen in der Natur sind gefährlich: Im
Frühjahr, wenn die Walpurgisnacht herannah und die Hezen
auf dem Blockberg ihr Wesen treiben, schreibt man die An-
fangsbuchstaben von den Namen der heiligen Dreifönige an
die Stallthüre C + M + B (Caspar, Melchior, Balthasar).
Wenn dann das Vieh wieder auf die Weide getrieben wird,
wehrt man die Hezen durch Peitschenknallen ab, und ebenso
fürchten sie den Glockenklang: das ist der eigentliche
Grund, weshalb jeder Kuh auf der Weide ihr Geläut
umhängt wird. Des Nachts aber droht der Alpgeist,
quält den Menschen im Schlaf, melkt die Kühe, verflucht den
Rosen die Wädhnen und ängstet sie, daß sie des Morgens ab-
geheht und in Schweiß gebadet dastehen: dagegen hilft ein Kreuz,
das man in ein Loch neben dem Stallthürfenster brennt
und mit einem Spunten verstopft. Am meisten aber fürchtet das
Schrättele den Geißelstock mit seinen Fäden und seinem abeln
Gestank: darum steht in vielen Pferdeställen ein schwarzer Bod
als Geißelbanner. —

Schöner und erfreulicher ist das Zusammengehen von christ-
lichem und heidnischen Glauben und Brauch da, wo die Kirche
die alten Festbräuche und symbolischen Handlungen übernommen
und die heidnischen Formen mit christlichem Inhalt erfüllt hat:
so sind eine Reihe von heiligen Akten, womit die Kirche
bedeutungsvolle Epochen des Menschenlebens und des Kirchen-

fröhen Sinn hinterließ einen erfreuenden und hoffnungserweckenden Eindruck. Trotzdem zeigen die ersten drei Monate nur einen bescheidenen Erfolg. Die Zahl der Pensionärinnen stieg wohl schon im November von zwei auf drei, vorübergehend auch auf vier Personen, im Dezember wurde bleibend die Zahl vier erreicht und seit Januar ist die fünfte Mietlerin eingezogen, dagegen zeigen die Besuchsabende einen bedeutenden Rückgang. Im Oktober waren an zehn Abenden 59 Mädchen da, im November an zehn Abenden 36, im Dezember an fünf Abenden 36 Mädchen, die der großen Mehrzahl nach auch das Abendbrot im Heim einnahmen. Dem ersten Zweck, die Mädchen ausfindig zu machen, dienen die, allerdings erst jetzt in weiterem Umfang verteilten Prospekte und die in der Presse erscheinende und regelmäßig wiederkehrende Ankündigung dessen, was im Heim zu finden ist, mit besonderer Ermahnung, der dortselbst erhältlichen Vertretung auch für Externe. Diese rein praktische Veranstaltung hat seit ihrem Bekanntwerden verhältnismäßig viel Benützung gefunden. Die zu Anfang gegebene Absicht, im Heim den Mädchen auch Gelegenheit zu weiterer Ausbildung in kaufmännischen Fächern zu bieten, mußte aufgegeben werden; bei näherer Erkundigung zeigte es sich, daß theils vom Frauenverein selbst, theils von der Stadt in reichem Maß gute Kurse dieser Art eingerichtet sind.

Badischer Frauenverein (Abteilung II). Der zweite Kurs der Anstalt zur Ausbildung von Kinderpflegerinnen, der am 1. Oktober v. J. begonnen, hat nunmehr in der Krippe des Luisen-Parkes mit einer Prüfung der sieben Schülerinnen geschlossen. Ihre königliche Hoheit die Großherzogin hatte die Gnade, der Prüfung anzuwohnen. In höchstlicher Begleitung befanden sich Ihre Excellenz die Oberhofmeisterin Frau v. Holzinger, sowie die Hofdame Freiin v. Schönau. Außer den Damen des Komitès hatte sich eine Anzahl geladener Gäste eingefunden, begrüßt von der Präsidentin Frau General v. Bülow Excellenz. Der um 11 Uhr begonnene Prüfung durch den leitenden Arzt, Herrn Dr. Herms, ging eine praktische Uebung voraus. Die theoretische Prüfung umfaßte: den Organismus, die Pflege und Wartung des Säuglings im allgemeinen, die der Pflegerin obliegenden Einrichtungen und zu beobachtenden Merkmale, die Vorgänge beim Zurückgehen eines Kindes, die Behandlung des Kindes vor, während und nach dem Bade, Beschaffenheit der Kleidung, des Bettens, der Kinderstube, die Wohnung im allgemeinen, ferner die Pflege der Sinne, die Ernährung, natürliche und künstliche durch Kuhmilch, die Handhabung des Stillapparates, den Prozeß der Herstellung der Nahrung in den verschiedenen Lebensaltern, Temperaturmessung, die Krankheitsmerkmale und deren Erkennen bei Diphtherie, Masern, Scharlach, Scharfrot, Wundrose, Augenentzündung, Verdaunungsstörung, Brechdurchfall, Wundbehandlung bei Unfällen, Verbandsanlege, Herstellung von Broz, Karbolsäure u. s. w. Die Prüfung hat den sehr erfreulichen Nachweis geliefert, daß alle Schülerinnen den Besprochene richtig erfaßt und vollständig in sich aufgenommen und in der Praxis trefflich zu verwerten gelernt haben. Hierauf prüfte die Vorsitzende des Kindergartens, Fräulein Schmidt, die Kandidatinnen über die Erziehungsregeln auf Freibühnen, Grundlege, und anschließend hieran trugen die Schülerinnen Vieder vor, welche die Gefangenen, Fräulein Herms, mit ihnen einstudiert hatte; die Vorlesungen im Gesang, der diesmal besonders gepflegt wurde, befriedigten in hohem Maße. Mit einem Chorale fand die Prüfung ihren Abschluß. Ihre Excellenz Frau General v. Bülow richtete hierauf Worte des Dankes und der Anerkennung an Lehrende und Lernende. Sodann erfolgte die Verteilung der Befähigungsgewinne. Ihre königliche Hoheit geruhete, höchstlicher großen Befriedigung über den glänzenden Verlauf der Prüfung Ausdruck zu geben und mit herzlichsten Worten jeder Schülerin ein Andenken als Zeichen der Erinnerung zu überreichen. Die während des Kurses gefertigten Handarbeiten, bestehend in hübschen Bad- und Küchengeräten, Austerstichzeichnungen, sowie eine Sammlung freibühnlicher Aenderarbeiten waren zu einer Ausstellung vereinigt. Abschließend sei noch erwähnt, daß sämtliche sieben Schülerinnen im Alter von 18 bis 20 Jahren leben und von diesen zwei aus Berlin, die übrigen aus dem Großherzogthum stammen. Für sechs ist bereits Verwendung in lohnenden Stellen gesichert.

Für Beiträge der Frankenzahlung, welche in die Marktwährung, und Beiträge der Marktwährung, welche in die Frankenzahlung umzurechnen sind, wird das Verhältniß für die Güterdienststellen der Großh. Staatsbahnen vom 4. April 1898 auf 1 Frank = 80,6 Pfennig und 1 Mark = 1,2407 Franken festgesetzt.

P. (Verkehr mit Belgien.) Seit Erscheinen des belgischen Zolltarifes von 1895 hat das belgische Finanzministerium verschiedentlich Artikel, welche bis dahin als „kurz- und eisenwaren“ verzoollt werden mußten (Zoll 15 Proz. vom Werthe) und die zur Fertigstellung anderer Produkte dienen, unter die „Belgische Produkte für die Industrie“ klassifiziert, für welche nur ein Zollsatz von 5 Proz. erhoben wird. Eine genaue Zusammenstellung aller derartigen Produkte, welche heute als „produits divers pour l'industrie“ verzoollt werden können, liegt für Interessenten im Bureau der Karlsruher Handelskammer auf. — In dem Bureau der Kammer kann auch ein Tarif für den Transitverkehr über Belgien ab Antwerpen nach den überseeischen Ländern eingesehen werden, welche durch folgende Dampferlinien bedient werden: a) Forenede Dampfschiff-Gesellschaft für Dänemark, Norwegen, Schweden, Deutschland, Rußland, Finnland, das Mitteländische Meer, die Levante und das Schwarze Meer; b) Deutsche Dampfschiff-Gesellschaft „Rosmos“ für Gbll und Peru; c) Johnston Line für Rumänien, Bulgarien, Griechenland, Türkei und Dromedien. — Die Geschäftsagentur der belgischen Staatsbahnen in Frankfurt a. M., Quilietstraße 15, zu deren Bezirk das Großherzogthum Baden gehört, erteilt Interessenten Auskunft über Frachten, Lieferungsfristen und Zahlungswege in Bezug auf den Verkehr zwischen Baden und Belgien, bezw. den darüber hinausgelegenen Ländern.

jahrs umkleidet, die Tausche mit der Namengebung und symbolischen Wahrung, die feierlichen Umzüge und Prozessionen, ja unsere höchsten kirchlichen Festtage: Weihnachten, Ostern, Pfingsten und Fronleichnam heidnischen Ursprungs. Mit großer politischer Weisheit hat die Kirche dem Volk seinen Kultus gelassen, als sie ihm seine Götter nahm; denn das Volk hängt zu jeder Zeit jähler an der Form als am Inhalt. So wurden ihm die christlichen Feiertage ein Ersatz für seine alten Götterfeste, aber dem es bald die Götter selbst und den ursprünglichen Sinn der festlichen Bräuche vergessener hatte.

Den Schluß aber möge hier ein Tiroler Volksbrauch machen, in dem sich der alte heidnische Totenkultus in katholischen Gewand bis auf uns erhalten hat: den armen Seelen, die an Allerheiligen aus dem Fegefeuer geläutet werden, legt man in ihrer Heimath Krapsen und Milch auf den Tisch, wärmt ihnen die Stube und bietet ihnen in Rämpchen linderndes Del für ihre Brandwunden. An Allerheiligen werden sie dann in ihre Gräber zurückgeläutet.

»Nach im letzten Grundakord des Lebens, über den Tod hinaus, klingen christliche und heidnische Töne zusammen.«

Benzinexplosion. Am 6. d. M., Mittags, ist in dem Waschkraum des Härbers Rasch in der Sofien-Straße 23 ein Brand dadurch ausgebrochen, daß ein mit 10 Kilo Benzin gefülltes Blechgefäß explodirte. Obgleich das Feuer von den Hausbewohnern alsbald wieder gelöscht werden konnte, ist an Gebäuden und Fahrnissen doch ein Schaden von etwa 500 M. entstanden. Bei dem Vorfalle hat sich ein Arbeiter die Kopfhaare verbrannt und ein Möbeltransporteur leichte Brandwunden an einem Arm zugezogen.

Mannheim, 6. April. Die Verhandlung über den großen Kohlendiebstahlprozeß nahm rund zwei Tage in Anspruch, obgleich die meisten Angeklagten im wesentlichen geständig waren und namentlich der Hauptdieb, der bei der Firma Mathias Stimmes angestellt gewesene Vorarbeiter Philipp Grün in allen Stücken der Wahrheit die Ehre gab und dadurch eine bedeutende Abfärgung der Beweisaufnahme ermöglichte. Die Verhandlung zeigte, daß die Firma Stimmes mit der Anstellung des Grün als Vorarbeiter den Bod zum Gärtner gemacht hatte. Er war von der Firma mit der Ueberwachung der Ausladung der Kohlen-schiffe betraut worden. Dieses Vertrauen verletzte er in gräßlicher Weise. Wagnersweise stahl er Kohlen, nachdem er sich vorher mit den hiesigen Kohlenhändlern Georg Luz, Karl Bernauer, Berthold Fuchs, Lazarus Lehmann und Christian Bohmwinkel befaßt, Abnahme der gestohlenen Kohlen zu einem billigen Preis in Verbindung gesetzt hatte. Die Kohlenhändler sind mit Ausnahme des Lehmann und des Bohmwinkel des Kaufs dieser Kohlen geständig. Die zwei Letzteren läugneten hartnäckig, jedoch fiel die Beweisaufnahme vollständig zu ihren Ungunsten aus. Luz, Bernauer und Fuchs waren noch des Betrugs angeklagt; Erstere sollen ihn verübt haben durch Fälschung der Kohlenempfangsquantitäten und Ankauf von Ueberschüssen aus den Kohlenhändlern, Fuchs dagegen durch Einstellung zu hoher Gewichtszahlen in die Frachtbriefe der von ihm an seine auswärtigen Kunden abgegebenen Kohlenlieferungen. Bernauer gestand diese Betrügereien zu während Luz und Fuchs leugneten. Sie wurden aber überführt durch das Geständnis des Grün, sowie dessen Vater, welche den drei Kohlenhändlern bei der Verübung der Betrügereien gegen entsprechende Vergütung beihilflich waren. Bohmwinkel war ebenfalls noch eines Betrugs beschuldigt, verübt durch die Lieferung von Saarkohlen an einen Kunden, der Rückfragen verlangt hatte. Bohmwinkel läugnete auch hier, trotzdem die Beweislage gegen ihn eine erdrückende war. Der Klageaufseher der badischen Eisenbahnen, Friedrich Hamannsdorfer, gestand zu, bei den Diebstählen des Grün gegen entsprechende Vergütung beihilflich gewesen zu sein. Auch der Vorarbeiter Robert Fuchs stahl drei Wagen Kohlen, von denen er zwei an seinen Schwiegervater, den Waidhüter Bies in Wiesloch, verkaufte, während den andern Bohmwinkel erhielt. Das Gericht verurtheilte, wie wir schon gestern telegraphisch melden konnten, Grün zu 2 1/2 Jahren Gefängnis, dessen Vater zu 6 Wochen, Bernauer und Luz zu je 1 Jahr, Bohmwinkel zu 1 1/2 Jahr, Fuchs zu 10 Monaten, Hamannsdorfer zu 9 Monaten, Lehmann zu 6 Wochen Gefängnis und Bies zu 50 M. Geldstrafe. Als strafmildernd wurde in den Entscheidungsgründen ausgeführt, daß die Angeklagten einem Mißbrauch zum Opfer gefallen sind, der seit Jahren in diesem Kohlenhandel herrsche. Was die Angeklagten verübt, sei sicherlich schon vielfach vor ihnen von Anderen gethan worden und zweifellos auch gleichzeitig mit ihnen von Anderen gethan worden. Ferner wurde als strafmildernd angeführt die Thatsache, daß von der beschriebenen Firma Stimmes eine unbegreiflich nachlässige Kontrolle ausgeübt worden ist.

Offenburg, 6. April. Die Prüfung der Landwirtschaftlichen Kreiswinterschule fand am Samstag den 2. April unter freier Betheiligung von Seiten der Eltern und Behörden statt. Sie wurde von dem Vorsitzenden des Sonderausschusses für die Schule, Herrn Geh. Regierungsrath Müller, abgenommen. Die Ergebnisse waren im Deutschen, Rechnen, in der Geometrie, in naturwissenschaftlichen Grundlagen, in der Landwirtschaftslehre und beim thierärztlichen Unterricht gut. Die Schüler erhielten die verdiente Anerkennung für Fleiß, Wohlverhalten und Leistungen, und es wurde die Hoffnung ausgesprochen, daß der nächstjährige Schulkursus wenigstens ebenso fort beibehalten werden möge, wie der diesjährige. Die 37 Schüler vertheilten sich folgendermaßen auf die Bezirke: 20 Offenburg, 7 Rehl, 6 Lahr, 2 Oberkirch, 2 Wolfach.

Vom Bodensee, 6. April. Am Samstag wird der „Männerchor Schaffhausen“ in der St. Johannis-Kirche ein Konzert veranstalten, bei dem ein großer Damenschor und die Konstanzer Regimentsmusik mitwirken. Zur Aufführung gelangt u. a. Jos. Brahms' „Ein deutsches Requiem“. — Die katolische Pfarrei Salem ist dem bisherigen Pfarverweser in Bonndorf (Amts Ueberlingen), Herrn Butenmüller, definitiv übertragen worden. Mit aufrichtigem Bedauern sieht die Gemeinde Bonndorf einen Geistlichen aus ihrer Mitte scheiden, welcher durch seine Freundlichkeit und Bescheidenheit, sowie durch sein dienstliches, der wahren Religiosität und dem öffentlichen Wohl stets rege zugewandtes Verhalten sich die Achtung und Sympathie der Einwohnerlichkeit in hohem Grade zu erwerben vermocht hat. — In der Kreisstadt Konstanz und in unserer Vöberstadt Ueberlingen läßt sich schon jetzt eine lebhaftere Bautätigkeit erkennen und das laufende Jahr wird ohne Zweifel zahlreiche Neubauten und Verschönerungen in beiden Städten aufzuweisen im Stande sein. In diesem Augenblicke werden am Hotel „Zum Löwen“ in Ueberlingen großartige Erweiterungen vorgenommen. Der Saal desselben wird um 50 Quadratmeter vergrößert und die Zahl der Fremdenzimmer durch den Aufbau eines dritten Stockwerkes vermehrt. Im Mai dürften die bezüglichen Arbeiten fertig gestellt sein.

Englische Politik.

London, 6. April. Die gestrigen ministeriellen Erklärungen finden nicht einstimmigen Beifall in der Tagespresse. „Daily Telegr.“ ergeht sich in Lobpreisungen über die Geschicklichkeit, den Muth, die Vorsicht, den Erfolg der Regierungspolitik; andere Toryblätter sind zurückhaltender. Die „Times“ sagt, die Erklärungen würden wenigstens theilweise die Besorgnis beseitigen, womit das Land die jüngsten Ereignisse in China beobachtete. Die Regierung erkläre mit der wünschenswerthen Klarheit und Genauigkeit, durch welche Mittel sie in Gegenwart, wo Englands Interessen von höchster Wichtigkeit seien, die Wiederholung des Vorgehens anderer, das in der Wandschüre die Gleichheit der Handelsbeziehung auf die Gnade eines stark schutzollnerischen Staates angewiesen habe, abzuwenden gedenke. „Daily News“ übt wohlwollende Kritik. „Daily Chronicle“ jedoch zeigt die britische Diplomatie großer Schwäche. Das Blatt sagt, es würde sich erst zu einer anderen Ansicht bekehren, wenn der demnächst zu veröffentlichende Schriftwechsel ein Bündniß mit Japan und eine Verständigung mit Deutschland, das nicht nur auf Ostasien beschränkt sei, ergeben solle.

(Zugend welche neue und wichtige Aufklärungen sind weder im Unter- noch im Oberhause von der Regierung gegeben worden. Es ist im großen und ganzen eine Erklärung der

Regierungspolitik gewesen, wie sie zu erwarten war; die beiden Ministerreden haben die Sachen so dargestellt wie sie sind, nicht wie die Nation sie wünscht. Thatsächlich wird man aus den Darlegungen Balfours die Ansicht gewinnen, daß die englische Regierung kaum anders handeln konnte, wie sie gethan hat, wollte sie einen Krieg vermeiden. Sie hat dabei den alten Fehler der englischen Politik, den übrigens anscheinend das ganze Land theilt, unverändert festgehalten: in Rußland den Hauptgegnert zu sehen und die ganze Energie und Diplomatenkunst auf das russische Vorgehen zu concentriren. So spricht denn auch der ganze Bericht von Frankreichs Forderungen kaum ein Wort und doch erkennt er an, daß die Interessen Englands mehr nach Mittel- und Südchina, als nach Nordchina gravitiren! Besonders bemerkenswerth ist der warme Ton, in dem Herr Balfour von Deutschland sprach. Man kann sogar sagen: Die Bedeutung der Rede des Herrn Balfour liegt nicht in einzelnen Punkten, sondern in dem ganzen Ton, der darauf schließen läßt, daß zur Zeit auf englischer Seite die Betonung eines Gegen-satzes zu Deutschland nicht gewünscht wird.)

Neueste Nachrichten und Telegramme.

Somburg v. d. S., 7. April. An der heute stattgehabten Abendmahlsfeier nahm außer dem Kaiserpaar auch das Gefolge und die Dienerschaft theil. Seine Majestät der Kaiser unternahm mit den Prinzen einen längeren Spaziergang in den Haardtwald.

München, 6. April. Das Befinden Sr. Majestät des Königs Otto gibt auch heute zu erster Besorgniß keine Veranlassung. Die Blasenblutung ist zur Zeit nur noch in Spuren vorhanden. Für eine ernstere Nieren-erkrankung ergibt sich kein Anhaltspunkt. Fieber besteht nicht; Appetit, Schlaf und Kräftezustand zeigen keine wesentliche Aenderung. Ueber die Natur der Blasenblutung durch lokale Unterzuehung der Blase genauere Einsicht zu gewinnen, ist gegenwärtig infolge des psychischen Verhaltens des Königs unmöglich.

Wien, 6. April. Eine St. Petersburger Zuschrift der „Vol. Korresp.“ erklärt, daß die russischen diplomatischen Kreise den Plan erörtern, daß die Kommandanten von Rußland, Frankreich, England und Italien vor Kreta Vollmacht erhalten sollen, mit den hervorragenden Mitgliedern der kretischen Nationalversammlung über die Einführung einer gemeinsamen Verwaltung gemäß den von den Boten in Konstantinopel ausgearbeiteten und von den Mächten gutgeheißenen Grundsätzen zu vereinbaren. Die Verwirklichung des Projekts steht vor allem die Aufnahme einer Anleihe voraus. Man glaubt in St. Petersburg, daß die zur Aktion bereiten Mächte die Uebernahme der gemeinsamen Garantie dafür nicht ablehnen werden.

Paris, 7. April. Die Deputirtenkammer nahm das gesammte Budget an. — Die Kammer und der Senat vertraten sich bis zum 1. Juni.

Paris, 6. April. Meldungen aus Washington zufolge ergriff der Kaiser von Oesterreich die Initiative zu einem Meinungs-austausch, der dahin zielt, die Mächte zu bestimmen, die Aktion des Papstes zu unterstützen. Rußland, Frankreich und Deutschland antworteten bereits in einem, diesem Schritt günstigen Sinne. — Die Boten-schafter der Mächte trafen gestern Nachmittag zusammen, um eine Formulierung des Waffenstillstands festzusetzen, die sowohl für die Injuranten, als auch für Spanien annehmbar wäre. Alle Anstrengungen des Papstes und der Diplomatie sind augenblicklich auf die Frage des Waffenstillstands gerichtet. Man glaubt, daß der Termin, an dem die Botschaft des Präsidenten McKinley an den Kongreß gelangen soll, weiter hinausgeschoben werden würde.

Rom, 6. April. Spanien hat im Prinzip den Waffenstillstand mit den cubanischen Insurgenten, wie er vom Papste vorgeschlagen ist, angenommen. So erwartet man jetzt die Antwort McKinleys an den Papst. Von dieser Antwort wird es abhängen, ob die Verhandlungen zwischen Madrid und Washington fortgesetzt werden können. Man glaubt, die Mächte würden einhellig Schritte thun, um einen Bruch zwischen Spanien und den Vereinigten Staaten zu verhindern.

Christiania, 7. April. König Oskar gibt am Samstag im königlichen Schlosse zu Stockholm ein Fest-mahl zu Ehren Jbens's.

St. Petersburg, 7. April. In der Dreifaltigkeits-Kathedrale des Alexander Newski-Klosters fand gestern die feierliche Aufnahme des syrokaldischen Bischofs Ma Yonnau und vier anderer Geistlichen in Vertretung von 15 000 Syrokaldisern in den Schoß der orthodoxen Kirche statt. Der Kaiser ließ die Neuaufgenommenen beglückwünschen.

Athen, 7. April. Das Nationalfest wurde feierlich begangen. Ein Zwischenfall ist nicht vorgekommen. Der König erfreute sich während seiner Reise nach dem Kloster Lavro begeisterter Kundgebungen.

Songkong, 7. April. Das Geschwader der Vereinigten Staaten lichtete die Anker. Der amerikanische Befehlshaber kaufte einen englischen Dampfer, sowie Kohlenvorräthe ein.

(Nach Schluß der Redaktion eingetroffen.)

New-York, 7. April. Nach einer Meldung aus Key West ist Generalkonful Lee daselbst nicht eingetroffen, man vermuthet, daß er in Habanna die Abreise der amerikanischen Staatsbürger abwartet.

Großherzogliches Hoftheater.

Spielplan.

Sonntag, 10. April. Abth. B. 54. Ab.-Vorft. (Mittelpreise): „Lobtau“, Bühnenpiel in 3 Akten von Ludwig Schille, Dichtung von Otto Julius Bierbaum. Anfang 1/2 Uhr.

Verantwortlicher Redakteur: Julius Rasch in Karlsruhe.

